Interview mit Bistums-Vertreter Winfried Quecke über die Ergebnisse des Synodalen Weges

"Insgesamt deutlich enttäuschend"

Nach sechs Jahren ist nun in Stuttgart der Synodale Weg zu Ende gegangen. 2019 hatten die deutschen Bischöfe und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken diesen Weg begonnen – angesichts des Missbrauchsskandals und des Vertrauensverlustes in die Katholische Kirche. Winfried Quecke aus Laatzen war diese sechs Jahre als einer der Vertreter des Bistums Hildesheim dabei. Im Interview zieht er ein Fazit.

Der Synodale Weg ist formal beendet – welches Fazit ist zu ziehen?

Positiv waren die Sitzordnung nach Alphabet, die öffentliche Übertragung durch den live-stream und die namentlichen Abstimmungen. Die letzten Punkte haben mir bei meinen Veranstaltungen im Bistum sehr geholfen. Ich habe immer wieder dazu ermuntert, unsere Bischöfe zu ihrem Abstimmungsverhalten zu befragen. Als einziges konkretes Ergebnis ist die Veränderung der Grundordnung für den kirchlichen Dienst zu nennen, aber ob es dazu des Synodalen Wegs bedurft hätte? Arbeitsgerichte und gegebenenfalls der Europäische Gerichtshof hätten das vermutlich auch getan. Positiv war auch die Sichtbarkeit von queeren Menschen und die sehr engagierte Gruppe der unter 30 Jährigen. Insgesamt ist das Fazit aber deutlich enttäuschend. Obwohl viele Beschlüsse wegen der notwendigen Zwei-Drittel-Mehrheit der Bischöfe schon weichgespült waren, manchmal bis zur Unkenntlichkeit, gibt es kaum substantielle Änderungen.

Der Synodale Weg sollte die Stimme der Laien sowohl aus den Bistümern als auch aus den Verbänden und Gemeinschaften stärken. Hat er das tatsächlich getan – oder hat er nur etwas an kirchenrechtlichen Machtverhältnissen gerüttelt?

Er hat nicht einmal daran gerüttelt. Die Bischofskonferenz selbst hat 2019 in ihrem Beschluss zu der Versammlung als Thema formuliert: „Macht, Partizipation, Gewaltenteilung“. In Deutschland lernt jeder und jede in der 8. Klasse, was der Begriff „Gewaltenteilung“ meint. Ich konnte nicht erkennen, dass die Bischöfe in irgendeiner Form Macht teilen wollten. Ich frage mich, ob der Synodale Weg nicht von vornherein ein unverbindliches Gesprächsformat sein sollte, um aus der damaligen Defensive der Bischöfe wegen der vielen Fälle sexualisierter Gewalt herauszukommen.

Viele Beschlüsse des Synodalen Weges sind rechtlich nicht bindend. Wie groß ist die Sorge, dass am Ende wenig umgesetzt wird?

Groß. Zum einen liegt das daran, dass es zwei grundlegende Verständnisse von Synodalität gibt. Zum einen der Bischof, der zwar ein Gremium anhört, dann aber eigenmächtig entscheidet. „Decision making“ und „decision taking“ nennt das unser Bischof. Zum anderen das Verständnis von einer Versammlung, deren nicht bischöfliche Teilnehmer ausnahmslos gewählt sind (also keine Berufungen durch Bischöfe), die Beschlüsse fasst, an die sich der Bischof selbst bindet. Dazu kommt das Problem, dass die Bundesebene, also auch die Bischofskonferenz, den einzelnen Bischof kaum bindet. Die Reaktionen von Bischöfen, als es um ein stetes Überprüfen, dem Monitoring, der Beschlüsse in den Bistümern ging, war, sie empfänden das als völlig unzulässige Kontrolle ihrer Arbeit. Das macht wenig Hoffnung…

Der Synodale Weg sollte auch Konsequenzen aus dem Missbrauchsskandal ziehen. Ist das gelungen?

Um es mit Johannes Norpoth, dem Vertreter des Betroffenenbeirates zu sagen: Einiges ist gelungen, vieles ist noch offen. Positiv ist sicherlich die Präventionsarbeit in Bistümern und Verbänden. Als Lehrer an einer staatlichen Schule musste ich nie einen Präventionskurs machen. Was mich aber ärgert ist, dass verabredete Standards auf Bundesebene in unserem Bistum nicht eingehalten werden: So zahlen bei uns die Kirchensteuerzahler für Entschädigungsleistungen statt ausschließlich der Bischöfliche Stuhl und Hildesheim ist eines der ganz wenigen Bistümer, die bei einem staatlichen Prozess, die Karte der „Einrede wegen Verjährung“ gezogen haben.

Gleiches gilt für Reform der Frauenrechte in der Katholischen Kirche. Ist man da wirklich einen Schritt weiter?

Nicht wirklich. So schön eine Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz, eine Finanz- und Caritasdirektorin wie in unserem Bistum oder eine Seelsorgeamtsleiterin in Osnabrück sind, es geht um die Zulassung aller Geschlechter zum Weiheamt. Es war nett, wie die Reformgruppen vor dem Tagungsgebäude das Lied vom „auf die lange Bank schieben“ gesungen haben. Ich fürchte, da wird gar nichts verschoben. Um seitens Rom keine Entscheidung (die vermutlich längst klar ist) kommunizieren zu müssen, wird das Ganze in der x-ten Kommission geparkt. Dabei haben wir wirklich kein Erkenntnisproblem, sondern nur ein Umsetzungsdefizit.

Wie soll es nun weitergehen – mit der gemeinsamen bundesweiten Synodalkonferenz und auch in den Diözesen? Ist das ein tragfähiger Weg?

Zunächst muss die Bischofskonferenz der Satzung der Synodalkonferenz zustimmen, das ZdK hat das ja schon einstimmig gemacht. Und dann erwarten wir uns eine „recognitio ad experimentum“ aus Rom, also eine (befristeten) Regelung, die es aber dann bestimmten Bischöfen nicht mehr ermöglicht, den Versammlungen aus Prinzip fernzubleiben. Ob es dazu kommt? Ich habe meine Zweifel, weiß aber, dass es Laien und reformorientierte Bischöfe in der Versammlung gibt, die da hoffnungsfroher sind. „An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen“ – für mich wird es spannend zu sehen sein, wie in einem Bereich, in dem es ja überhaupt nicht um lehramtliche Fragen geht, eine deutliche Veränderung geben wird. Zum Beispiel: Wird das Geld, das die einzelnen Bistümer an die Bundesebene abführen (an den Verband der Diözesen Deutschlands), weiterhin von einem klerikal dominierten Gremium verteilt oder gibt es eine deutliche Mitsprache und Entscheidung von gewählten Laien?

Was könnte denn im Bistum Hildesheim an Veränderungen umgesetzt werden?

Es könnte sofort die Taufspendung durch Laien eingeführt werden (ohne eine weitere Arbeitsgruppe). Es könnten sofort qualifizierte Laien zur Predigt in sonntäglichen Eucharistiefeiern zugelassen werden. Beides wird in anderen Bistümern praktiziert, warum zögert man in Hildesheim? Und wie oben gesagt: Gremien, in denen eine Mehrheit von Menschen sitzt, die vom Bischof berufen sind bzw. auf seiner Lohnliste stehen, die dazu vertraulich und ohne wirkliche Entscheidungskompetenz tagen, haben etwas von höfischem Absolutismus.

Zuletzt geändert am 12.02.2026